Antrag

des Abg. Anton Baron u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums der Justiz und für Migration

„Sprach- und Kulturmittelnde“ in der Justiz

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob ihr das Pilotprojekt „Sprach- und Kulturmittelnde“ in der Justiz von Nordrhein-Westfalen bekannt ist;
2. ob sie dergleichen auch für Baden-Württemberg plant, untersuchen lässt oder für erforderlich oder für nicht erforderlich hält;
3. ob und inwiefern sie den kulturellen Hintergrund, interkulturelle oder religions-spezifische Fragen im Bereich der Justiz für maßgeblich für Maßnahmen der Justizbehörden hält;
4. ob sie den Zugang zum Rechtsstaat für Verfahrensbeteiligte im Justizwesen durch die Mitwirkung von Rechtsanwälten, Rechtsberatungsstellen, Dolmetscher, freie Träger und dergleichen andere Hilfsorganisationen für ausreichend hält.

20.7.2021

Baron, Rupp, Goßner, Lindenschmid, Dr. Balzer AfD

Begründung

Als erstes Bundesland bekommt Nordrhein-Westfalen Sprach- und Kulturmittele für die Justiz. Diese sollen helfen, „den kulturellen Hintergrund von Verfahrensbeteiligten besser zu verstehen“. Mit diesem Antrag versuchen die Antragsteller, den Sinn von „Sprach- und Kulturmittelenden“ besser zu verstehen.

Die „Sprach- und Kulturmittelenden“ (vormals: Kulturvermittler) sollen den Justiz-Mitarbeitenden bei „interkulturellen und religiösen Fragen“ zur Seite stehen. Konkret geht es unter anderem um Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse, bei denen bislang nur Sachverständige und Dolmetscher eingesetzt werden. Laut Justizministerium fehle allerdings für das häufig verfahrenswesentliche Verständnis der kulturellen Hintergründe an geeigneten Experten, die hinzugezogen werden könnten. Die Vermittler sollen anlassbezogen von Justizbeschäftigten für ihre Arbeit herangezogen werden können, etwa um in interkulturellen und religions-spezifischen Fragen zu beraten. Als „Brückenbauer“ sollen sie den Zugang zum Rechtsstaat für Verfahrensbeteiligte mit Zuwanderungsbiografien erleichtern und „zunächst“ von Gerichtsvollziehern und der Bewährungshilfe in Anspruch genommen werden „dürfen“.

Den Antragstellern erschließt sich der Sinn dieser Neuerung nicht, nachdem vor dem Gesetz alle gleich sind, und es kulturelle Rabatte jedweder Art erst recht nicht im Justizbereich geben darf. Diese Befürchtung drängt sich auf in Anbetracht der Aussage des dortigen Justizministeriums, wonach „Die Justizbeschäftigten (...) im Einzelfall die Möglichkeit haben (werden), deren Expertise einzuholen, um so auch die kulturelle Dimension eines Sachverhalts fachlich fundiert einbeziehen zu können“. Angeblich sei das Pilotprojekt bis 2022 befristet, Erfahrungen zeigen jedoch, dass Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst für Absolventen von Sozialberufen fast immer zu einer politischen Institutionalisierung führen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. August 2021 nimmt das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. ob ihr das Pilotprojekt „Sprach- und Kulturmittelende“ in der Justiz von Nordrhein-Westfalen bekannt ist;

Zu 1.:

Das Pilotprojekt aus Nordrhein-Westfalen ist hier nicht offiziell bekannt.

2. ob sie dergleichen auch für Baden-Württemberg plant, untersuchen lässt oder für erforderlich oder für nicht erforderlich hält;

Zu 2.:

Ein vergleichbares Projekt ist in Baden-Württemberg derzeit nicht geplant. Ein Bedarf hierfür wurde nicht an uns herangetragen und wird von uns auch nicht gesehen.

Die Anforderungen an den Zugang zum Recht und die Gewährleistung fairen und effektiven Rechtsschutzes ergeben sich aus dem Grundgesetz. Ein Defizit können wir diesbezüglich in Baden-Württemberg nicht erkennen.

3. ob und inwiefern sie den kulturellen Hintergrund, interkulturelle oder religions-spezifische Fragen im Bereich der Justiz für maßgeblich für Maßnahmen der Justizbehörden hält;

Zu 3.:

Im Grundsatz spielen der kulturelle Hintergrund und religions-spezifische Fragen für die von den Justizbehörden für maßgeblich gehaltenen Maßnahmen keine Rolle. Sprachschwierigkeiten können in der Regel durch den Einsatz von Dolmetschern überwunden werden. Nach Artikel 1 Absatz 3 Grundgesetz hat die Rechtsprechung wie die anderen staatlichen Gewalten die Grundrechte und somit auch die Religionsfreiheit nach Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz zu achten. Soweit bei der Resozialisierung von Straftätern interkulturelle Fragen von Bedeutung sind, berücksichtigt die Bewährungshilfe diese schon jetzt in ihrer täglichen Arbeit unter anderem durch den Einsatz sogenannter „Spezialisten für Migration“, die für diesen Themenbereich speziell geschult werden und die Kolleginnen und Kollegen beraten und unterstützen.

4. ob sie den Zugang zum Rechtsstaat für Verfahrensbeteiligte im Justizwesen durch die Mitwirkung von Rechtsanwälten, Rechtsberatungsstellen, Dolmetscher, freie Träger und dergleichen andere Hilfsorganisationen für ausreichend hält.

Zu 4.:

Unabhängig von der Herkunft oder der Religion steht allen Personen der Zugang zur Justiz in gleicher Weise offen. Die Umsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechtsgewährleistungsanspruchs wird unter anderem von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Rechtsantragsstellen, Rechtsberatungsstellen sowie sonstigen Hilfseinrichtungen sichergestellt, die ggf. unter Zuhilfenahme von Dolmetschern auch für Beteiligte mit Zuwanderungsbiografie einen wesentlichen Beitrag für den Zugang zum Recht leisten. Dieser ist durch die Prozesskostenhilfe auch unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration